



Peter Weckmann MdL

Neues aus
dem Landtag
05/2016 - Mai

SPD



Peter Weckmann ... für den Essener Süden!

Glückwunsch an den neuen Essener UB-Vorstand!

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

mit leichter Verspätung erreicht
Euch mein Mai-Newsletter mit ein
paar herausgehobenen Themen.

Zuerst möchte ich jedoch dem neuen
Vorstand der SPD Essen um den Vor-
sitzenden Thomas Kutschaty zur
Wahl gratulieren und natürlich viel
Erfolg bei der Arbeit und den anste-
henden Herausforderungen wün-
schen. Insbesondere natürlich bei
den anstehenden Wahlkämpfen in
Land und Bund in 2017. Die Weichen
für einen Wahlerfolg werden bereits

jetzt gestellt, deshalb heißt es mit auf-
gekrempten Ärmeln sofort ans Werk
zu gehen.

Im folgenden finden Sie/ findet Ihr
wieder einen Rückblick auf die vergan-
genen Plenartage.

Nun viel Spaß beim Lesen!

Ihr/Euer
Peter Weckmann

Ausführliche Informationen zu den letzten
Plenartagen gibt es im Newsletter unserer
Landtagsfraktion. Anmeldung unter:

www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

Aktuell:

- **NRW Polizei testet Bodycams in fünf Behörden**
... Seite 1
- **Aktuelle Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik**
... Seite 2
- **Freihandelsabkommen TTIP Thema im Landtag NRW**
... Seite 2
- **Master und Master - Duale Ausbildung und Studium**
... Seite 3
- **Tag der Arbeit - 1. Mai 2016 - „Zeit für mehr Solidarität“**
... Seite 3
- **+++kurz notiert+++**
... Seite 4

NRW Polizei testet Bodycams in fünf Behörden

In einer aktuellen Stunde hat der Landtag am 12. Mai über das Thema „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“ diskutiert. Die Gewalt gegenüber den Polizistinnen und Polizisten ist in den vergangenen Jahren leider angestiegen. Das Land NRW reagiert hierauf unter anderem mit einem Modellversuch zum Einsatz von Bodycams in den fünf Polizeibehörden in Duisburg, Düsseldorf, Köln, Siegen-Wittgenstein und Wuppertal. Besonders hob der Innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Stotko, hervor, dass das Land NRW als erstes Bodycams mit Tonaufnahmen und zur Nutzung in

Wohnräumen absichert, denn ein Viertel der Straftaten gegen Polizeibeamtinnen und -beamte erfolgt bei Einsätzen gegen häusliche Gewalt. Das Pilotprojekt soll von Anfang an wissenschaftlich begleitet und dem Landtag anschließend eine unabhängige Evaluation vorgelegt werden.



Aktuelle Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik

Am 11. Mai hat der Landtag NRW eine Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes beschlossen.

Das bedeutet unter anderem noch einmal eine deutliche finanzielle Entlastung der Kommunen. Die Zuweisungen des Landes für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen wurden zunächst auf rund 1,95 Milliarden Euro angehoben. Grundlage hierfür ist die prognostizierte Flüchtlingszahl von 181.134 zum Stichtag 1. Januar 2016. Erstmals bekommen die Kommunen auch Mittel für die 13.620 geduldeten Personen. Aufgestockt werden wird dieser Betrag im weiteren nach Erhebung der realen Flüchtlingszahlen in NRW zum Stichtag.

Verbesserungen gibt es darüber hinaus auch bei den kommunalen Gesundheitskosten für die Versorgung der Flüchtlinge. Werden den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zurzeit die Behandlungskosten ersetzt, die über 70.000 € pro Jahr und Flüchtling liegen, wird die Grenze zukünftig bei 35.000 € sein.

Wie bereits an anderer Stelle berichtet, wird das Finanzierungssystem 2017 dann von der bisherigen jährlichen auf eine monatliche Zahlung pro Flüchtling umgestellt. Alle diese Maßnahmen verdeutlichen, dass die SPD in NRW ein verlässlicher Partner der Kommunen ist und im Rahmen der Möglichkeiten die Kommunen weiter entlasten werden. Nun ist der Bund jedoch auch gefordert, die Städte und Gemeinden spürbar zu entlasten. Aktuell trägt er gerade einmal 19,6 % der Flüchtlingsausgaben in NRW, 2015 waren es noch 22 %. Hier muss der Bund seiner Verantwortung wieder stärker nachkommen.

Die Flüchtlingszahlen sind übrigens rückläufig. kamen im Januar noch 28.519 Asylsuchende in NRW an, waren es im April nur noch 5324. Die Regelplätze in Landeseinrichtungen wurden auf 19.665 aufgestockt, sodass bei einem Anstieg der Zahlen flexibel reagiert werden kann.

Informationen der SPD-Landtagsfraktion zum Thema „Flüchtlinge“

www.spd-fraktion-nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

Freihandelsabkommen TTIP Thema im Landtag NRW

Einmal mehr erreichte die Diskussion um das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP den Landtag NRW. Für die SPD-Fraktion bezog mein Kollege Markus Töns ganz klar Stellung zu den Chancen wie auch zu den Grenzen solcher Abkommen. Zu Beginn seiner Rede machte er deutlich, dass Freihandelsabkommen nicht per se „Teufelszeug“ sind, sondern den richtigen Rahmen für Globalisierung und Handel setzen sollen. Die Frage ist in jedem Einzelfall dann, was der richtige Rahmen ist.

Markus Töns machte die Haltung der SPD deutlich, die auch durch Parteitagsbeschlüsse bestätigt ist: Wir wollen keine privaten Schiedsgerichte, sondern einen internationalen Handelshof. Wir wollen keine regulatorischen Maßnahmen, sondern Demokratie sichern. Wir wollen keine Einschränkungen von Verbraucherschutz oder Vorsorgeprinzip. Das passt nicht in die europäische Verfassung, nicht

in die europäische Gesamtgesellschaft. TTIP so, wie die Amerikaner es wollen, ist nicht zustimmungsfähig. TTIP in dieser Form werden die Sozialdemokraten nicht zustimmen. Aktuellen Fristsetzungen aus der Richtung von Merkel und Obama erteilte er eine deutliche Absage. Abkommen von dieser Tragweite müssen in Ruhe und mit Augenmaß verhandelt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre demgegenüber vielmehr eine Verhandlungspause angebracht, damit die Amerikaner sich über ihre Verhandlungsbereitschaft in Ruhe Gedanken machen können.

Einem Abbruch und einem Neuanfang der Verhandlungen zu TTIP, so wie in dem der Diskussion zugrundeliegenden Antrag der Piratenfraktion gefordert, erteilten die Sozialdemokraten jedoch eine klare Absage. Diese Forderung ist bei einem erteilten Verhandlungsmandat von 28 Mitgliedsstaaten ebenso illusorisch wie auch naiv.

Master und Meister - Duale Ausbildung und Studium

Am 12. Mai hat der Landtag den Antrag von SPD und Bündnis90/ Die Grünen „Master und Meister - NRW benötigt weiterhin duale Ausbildung und Studium als gleichwertige Ausbildungsalternativen“ verabschiedet.

Duale Ausbildung und das Studium an der Hochschule werden in der jüngsten Vergangenheit häufig gegeneinander ausgespielt; häufig von Organisationen und Einzelpersonen, die starke Eigeninteressen bei der Thematik haben. Auch CDU und FDP stimmen in diesen Reigen mit ein.

Mit dem gemeinsamen Antrag haben die Mehrheitsfraktionen deutlich darauf hingewiesen, dass duale Ausbildung und akademische Berufsausbildung keinen Gegensatz darstellen, sondern sich hervorragend ergänzen. Junge Menschen bekommen so die Chance für den individuell besten Bildungsweg. Die SPD im Landtag NRW setzt auf ein klares Konzept, in welchem duale Ausbildung und akademische Berufsausbildung Teil eines gemeinsamen be-

ruflichen Bildungssystems sind. Die SPD will die Ausbildung bewusst durchlässig gestalten, zum Beispiel die Aufnahme eines Studiums auch ohne klassischen Hochschulzugang ermöglichen.

Das ist auch ein Garant für wirtschaftlichen und persönlichen Erfolg in NRW. Gut ausgebildete und zufriedene Jugendliche erfüllen ihre Arbeit mit Leidenschaft und Energie, was wiederum Firmen und der Wirtschaft zugute kommt.

Einher gehen muss das alles mit einer frühzeitigen individuellen Beratung über die verschiedenen Bildungswege. Das ist ein wichtiger Baustein, um die Abbrecherquoten gering zu halten und die Ausbildungserfolge zu verstärken. Aber auch die Möglichkeit, eingeschlagene Wege zu korrigieren, muss gegeben sein.

Der Antrag „Master und Meister - NRW benötigt weiterhin duale Ausbildung und Studium als gleichwertige Ausbildungsalternativen“ im Wortlaut

www.landtag.nrw.de oder direkt hier klicken

Tag der Arbeit - 1. Mai 2016 - „Zeit für mehr Solidarität“

Auch in diesem Jahr hieß es wieder „Hinaus zum 1. Mai“. Nach dem Demonstrationszug von Rütten-scheid in die Essener Innenstadt sprach auf der Kundgebung auf dem Burgplatz als Hauptredner Thomas Gauger, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten NRW.

Das Motto „Zeit für mehr Solidarität“ war ein deutlicher Appell, der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft entgegenzutreten. Insbesondere die Schere bei Einkommen und Vermögen zeigt die soziale Kluft, die immer größer wird. Auch der Missbrauch von Leih- und Werkverträgen lässt eine Zwei-Klassen-Gesellschaft entstehen. Im Rentenalter droht vielen Menschen in unserem Land Altersarmut. Insbesondere die Bundesregierung wurde aufgefordert, hier deutliche Zeichen zu setzen und allen Menschen in unserem Land wieder eine Perspektive zu geben.

Stark vertreten auf dem Burgplatz war auch wieder die Essener SPD mit Informationsständen. Natürlich wurde der Anlass auch genutzt, um über das ein oder andere Thema ins Gespräch zu kommen.



Mehr Informationen zum 1. Mai 2016

www.dgb.de oder direkt hier klicken

ert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert

Freies WLAN auf dem Vormarsch

Die große Koalition im Bund hat mit der Einigung zur sogenannten „Störerhaftung“ eine langjährige Forderung aus NRW endlich umgesetzt. In aller Kürze erläutert: über die Störerhaftung wird der Inhaber eines Internetanschlusses für Rechtsgutverletzungen mit verantwortlich gemacht, die über seinen Anschluss begangen werden. Das war bisher ein starker Hemmnisgrund für Anschlussinhaber, ihr WLAN für unbekannte Dritte zu öffnen. Die Koalition in Berlin hat sich darauf geeinigt, diese Haftung der Anschlussinhaber abzuschaffen.

Damit wird der Weg für den Ausbau von offenen WLAN Netzen freigemacht. Die Rechtssicherheit in diesem Bereich wird viele Menschen, unter anderem Restaurant- und Cafebetreiber dazu animieren, ihre Netze zu öffnen. Die Landesregierung fördert dementsprechende Projekte in den Kommunen auch finanziell.

Wohnungsbaupolitik in NRW

Der Landtag hat am 11. Mai über eine nachhaltige Wohnungspolitik debattiert. Ein Antrag von SPD und Bündnis90/ Die Grünen beschäftigt sich mit Maßnahmen für geeignete Rahmenbedingungen:

- Optimierung bauplanungsrechtlicher Vorschriften durch die Bundesebene
- Lichtung der teils wider-

sprüchlichen Rechtsvorschriften

- zielorientiertes Liegenschaftsmanagement der Kommunen mit Flächenmobilisierung, insbesondere für den mietpreisgebundenen Wohnungsbau
- Konsequente und zeitnahe Umsetzung des 10-Punkte-Programms für mehr Wohnungsbau von Bundesbauministerin Barbara Hendricks
- Erleichterungen für das Bauen mit Holz, als wichtige Ergänzung in ökologischer und bauphysikalischer Hinsicht

SPD und Grüne haben wir die Landesregierung beauftragt, entsprechend zu handeln und sich auch auf der Bundesebene für die Gesetzesänderungen einzusetzen.

Erhöhung der Kindpauschalen im KiBiz

Am 12. Mai hat der Landtag über die von SPD und Bündnis90/ Die Grünen vorgeschlagene Erhöhung der Kindpauschalen im Kinderbildungsgesetz beraten. Das 2008 von der schwarz-gelben Regierung eingeführte KiBiz hat die SPD schon früh als „Mumpitz“ enttarnt. Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2010 arbeitet die rot-grüne Koalition kontinuierlich an einer Verbesserung - im Sinne der Kinder, Eltern und Erzieherinnen und Erzieher. Bisher werden die Kindpau-

schalen pro Jahr um lediglich 1,5% erhöht. Für die Jahre 2016 bis 2018 wird diese gesetzlich verankerte dynamische Erhöhung auf 3% angehoben. Diese Erhöhung soll die Finanzierung bis zur nächsten Revision des KiBiz sicherstellen. Durch die Pauschale wird das pädagogische Personal entlastet und kann mehr Bildungsarbeit leisten.

Gemeinsame Sitzung der SPD-Landtagsfraktionen aus Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein

Die SPD-Landtagsfraktionen aus NRW und Schleswig-Holstein haben in einer gemeinsamen Sitzung über das Thema „Soziale Gerechtigkeit - Erwartungen an den Bund“ diskutiert und ein gemeinsames Positionspapier verabschiedet. Die Abgeordneten machten unmissverständlich deutlich, dass die soziale Gerechtigkeit eine Heimat hat: Die Sozialdemokratie. Um soziale Gerechtigkeit herzustellen ist eine gerechte Verteilung des Vermögens unverzichtbare Voraussetzung. Grundlage für eine gerechte Gesellschaft sind aber auch gutes Geld für gute Arbeit und eine sichere, auskömmliche Rente. Hier ist die SPD in der Pflicht, ein weiteres Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich zu verhindern. Eine erweiterte Bürgerversicherung, ein sozialer Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose, eine Stabilisierung des Rentenniveaus sind nur einige der Forderungen.

So erreicht Ihr mich:

Peter Weckmann

Landtag NRW
Postfach 10 11 43
40001 Düsseldorf

Telefon (0211) 8842630
Telefax (0211) 8843064

peter.weckmann@landtag.nrw.de
www.peter-weckmann.de
www.facebook.com/peter.weckmann